

Halbesche General-Anzeiger für die Provinz Sachsen

Verlag: Reichenbach und Buchverlagsanstalt: Gr. Ulrichstr. 16. (Fernsprechamt: Nr. 7981)
Bei Anruf der Fernsprechnummer 7981 bestanden die eigenen Zeitungen mit Ausnahme der Genuß- und Feuilleton- und sonstigen in jeder Zeitung in allen und in den Orten mit eigener Zeitungsdruckerei (siehe Zeitungsverzeichnis) monatlich 20. 1. 1914, mit der Wochenzeitung

Nummer 124 Halle, Mittwoch den 4. Juni 1919 31. Jahrgang

Die Haltung Wilsons.

Von unserem Sonderberichterstatter.
Berlins, 3. Juni.
Während der verflochtenen vier Wochen hat der „Anpflanz“ um die Seele Wilsons, wie Zarbin in einem Interview kürzlich sagte, merkwürdige Höhen durchschritten. Ehe noch die Ueberreichung des Friedensentwurfes stattfand, lag man von der Abweisung des Präsidenten, sich mit den Deutschen abzugeben. Nach dem Akt im Erlangenlokal wurden geringliche Änderungen Wilsons über Brockhoff-Bankow durch die Gegenpressen gefordert. Während der Vorbereitung der Gegenpressen flatterten Informationen über die dringlichen Gesuche des Präsidenten in Washington aus, und wir vernahmen täglich, daß dem Präsidenten der Vereinigten Staaten der Aufenthalt in Europa nicht mehr gefiele. Zudem behauptete man, er hätte sich entschlossen, „noch die Führung der Angelegenheiten abzutreten“. In dem Streite Italiens um Trieste suchte die französische Regierungspresse Wilson Vorwürfe zu machen. Sie brachte täglich und bringt heute noch Nebenreden über „das Genie des Präsidenten“, komplizierte Fragen zu erwägen. Inzwischen ist bisher nichts eintrübt worden. In der Affäre des amerikanischen Delegierten Hullitt, der sich in einem Schreiben an den Präsidenten abfällig über den geschätzten Wilsonschen ausließ, nahm die Regierungspresse selbstverständlich gegen den unzufriedenen Delegierten Stellung, benutzte aber den Anlaß, um den Präsidenten der Vereinigten Staaten vor der „Klasse deutschfreundlicher Amerikaner“ zu warnen. Unmittelbar vor Uebergabe der deutschen Gegenpressen sagte sich die Wohnung und Wärmestärke der Pariser nationalpolitischen Zeitungen herab zu. Es wurde zweimal täglich darauf hingewiesen, daß „dunkle Mächte an dem Gebäude des Friedensentwurfes rütteln wollen“. Zuletzt hielt eine Brandrede, in der er sogar Anklagen gegen englische Deutschlandeindecker erhob; er meinte damit den Preis der Liberton, wo sich bekanntlich Friedensdruck gegen einen erzwungenen Frieden unter Anwendung der Wölkchen erhoben hatte. . . .

Unabhängig von den französischen Regierungsblättern behandelte die Sozialistenpresse das Thema. Sie hielt ihren Anfang fast selbsterklärende Auffassung vor: „Auf Wilson können wir uns nicht verlassen. Er meint es gewiss gut, aber er ist weder Clemenceau, noch Lloyd George geworden; seine Position in den Vereinigten Staaten ist geschwächt. Er kann den reinen Frieden auf Grundlage der vierzehn Punkte nicht durchsetzen.“ Heute, nach Ueberreichung der Denkschrift, hat die Sozialistenpresse nicht um ein Haar ihre Meinung geändert. Sie nahm amerikanische Forderungen über Verhandlungsmöglichkeiten und Zugeständnisse freundschaftlich an. Man selbst sagt, wo das Wilson nachsehende New Yorker Blatt „World“ die Gesamtheit mehrerer Veränderungen im Vertrag aus, erklärt der Sozialist Maxton Zumbak in seinem Blatt „Le Devoir“, daß man sich von Wilson nicht täuschen lassen dürfe, denn letzten Endes werde der Präsident einen „Schwächenhafter“ bekommen. . . .

Was nun Wilson persönlich betrifft, so hat er sich während der vergangenen vier Wochen nicht bemächtigelt, sich zur Frage eines Unterhandlungsstadiums Stellung zu nehmen. Er hielt drei Reden, die letzte in Europa an den Göttern gehalten. Amerikaner. Er sprach von dem Wölkchen, ob seiner Mächte als Frankreich und England Ermächtigung zu tun. Demjenigen, die eine breitere Auffassung von ihm erwarteten, der wohlgenützte einen Hinweis auf den Frieden der Gerechtigkeit und Ausübung, gingen um eine Stellung immer heim. Dazu gehörten drei amerikanische und zwei englische Persönlichkeiten, die in ihren Reden verdeckte Vorwürfe an Wilsons Adressierten. Einer von ihnen, der Mann des „Manchester Guardian“ schreibt:

Die nächsten Tage werden die höchste Entscheidung über Wilsons Persönlichkeit bringen. . . .

bestimmten Wünsche der englischen Liberton hat, die zugleich aufrechte Anhänger einer anglo-amerikanischen Bruderschaft sind, dann könnte sich für Deutschland eine bessere Aussicht ergeben. S. Floch.

Umbauernde Angebotsheit.

Eigene Dramatisierung unserer nach Versailles entfallenden Sonderberichterstatters.
F. Versailles, 3. Juni.
Wie von amerikanischen Blättern „geteilt“ wird, richtete Wilson gestern an die amerikanischen Blätter der freien Presse eine Antwort, in welcher er der Öffnung Ausdruck gibt, daß ein einseitiger Frieden allein Kationen die Erfüllung gerechtfertigter Wünsche nicht werde. Wilson äußert sich hierüber nicht auf die ihm von der genannten Liga gestellte Frage, was mit den Deutschen geschehen werde, die in wünschiger Weise gesehen werden. In amerikanischen Blättern wurde dementsprechend die Erwähnung Wilsons an die Liga der freien Völker als Anzeichen für eine teilweise Veränderung der im Oben vorgeschlagenen Wölkchen betrachtet. In den Oben genannten Wölkchen wird die Erwähnung der Gegenpressen ausgelassen. Ferner liegt eine aus Paris hierher übermittelte Mitteilung über amerikanische Blätter vor, die erklärt, daß die Frage der internationalen Schifffahrt und der deutschen Handelsflotte etwas unglücklich auf die sonst freundschaftlichen anglo-amerikanischen Beziehungen wirken. Infolgedessen sei die prompte Verhandlung der Vereinigten Staaten mit England bezüglich der deutschen Handelsflotte notwendig, doch würde nach Ansicht der betreffenden Delegierten die Frage Ende der Woche gefaßt sein. Auch von französischer Seite wird angegeben, daß die Schiffahrtfrage den Kernpunkt der Verhandlungen bilde, die über die deutschen Gegenpressen geführt werden. Französische Regierungspresse neigen der englischen Auffassung zu, daß einseitiger der deutschen Handelsflotte gewisse Beweismittel unter der Bedingung der großen Beweismittel ausgeben werden sollte, andererseits wäre es für sie ferner, daß Deutschlands Wertes Interesse arbeiten. Die amerikanischen Wölkchen sind durch bezügliche Arrangements mit deutschen Vertretern deutsch und verständlich mit ihrer Vertreter in Paris den Wölkchen gegen eine solche für die nationale Führung. Nach Mitteilungen aus Pariser Sozialistenkreisen werden Sonntag und Die Lenin und zwei Vertreter der französischen Sozialistenpartei an dem für Mitte Juni anberaumten Kongress der englischen Arbeiterpartei teilnehmen, dessen Hauptaufgabe die Erörterung der Friedensbedingungen für Deutschland sein wird. Der Kongress hat eine entsprechende Resolutionen D. II. teile mit, daß über die Frage der Kolonien mündliche Verhandlungen angestrebt würden, um auf Grund einer Sonderentscheidung über den deutschen Kolonialbesitz mit dem Gegnern zu einer Einigung zu gelangen. In der Denkschrift wäre eine Reihe praktischer Vorschläge enthalten.

Sozialistische Proteste gegen einen Friedensfrieden

von Maxton, 3. Juni. (Eigene Dramatisierung).
Den Bureau Kurierpost geht über die Protestbedingungen der Sozialisten gegen den Friedensvertrag folgende Einzelheiten zu: Der italienische Sozialist hat in Paris, gegen den Frieden der Wölkchen und der Protesten, gefordert. Die Sozialisten für einen Frieden der Freiheit und Gerechtigkeit kämpfen. Der französische Sozialist hat eine Erklärung über die französischen Sozialisten abgegeben, die die französische Sozialisten gegen die Clemenceaus als „sozialistische Verräter“ nicht nie so geschloffen geteilt wie jetzt. Der letzte Friede sei ein kapitalistischer Friede. Der Vertrag von Versailles würde von den Sozialisten und den Protestanten ratifiziert werden. Ueber die Form eines internationalen sozialistischen Protestes gegen den Frieden von Versailles sind die Sozialisten noch geteilt. Die französischen und italienischen Sozialisten sind zu einem 4-jährigen Generalstreik entschlossen, während die englischen Vertreter einige Vorbehalte machen.

Der Ernst Der Stunde.

Von einer politischen Persönlichkeit, die durch ihre amtl. Stellung und ihre vielfachen Verbindungen als ausserordentlich unterrichtet gelten muß, erfahren wir, daß gegenwärtig die Stimmung sowohl bei der Reichsregierung wie in den politischen Kreisen der Nationalversammlung und der Reichstagen Nationalversammlung eine überaus ernste ist. Die über Versailles zurückgelassen Abgeordneten zu D. 2. 6. 19 und 11. 6. 19 haben, sowohl in der Reichsregierung als auch in den Kreisen der Nationalversammlung, eine gewisse Unzufriedenheit über die Haltung der Reichsregierung in Versailles auf ein neuem Wege. Man erwartet dort vielmehr für Ende dieser Woche eine absehende Antwort auf die deutschen Gegenpressen, mit einem für die Nationalversammlung für die Nationalversammlung. Die gegenwärtige Situation der Nationalversammlung, die gegenwärtig aus Anlaß der Verhandlungen in Berlin zusammengetreten sind, eingeleitet mit der Frage, nicht zu entscheiden hat, wann die Entscheidung in der vorangehenden Art eintritt. Nach Ablauf dieser Verhandlungen werden voraussichtlich die Nationalversammlung der Reichstagenparteien gemeinschaftlich über die eingehende Haltung verfügen. Auch die Reichsregierung hat in verschiedenen Beratungen heute auf die Nationalversammlung und die Reichstagenparteien für den bevorstehenden Fall getroffen. In der Bevölkerung der unruhig-bezweifelten Gebiete im Westen und Osten

Der Höcherrat im Rheinland.

Der Rhein, 4. Juni. Auch gestern nachmittag traten die rheinischen Abgeordneten im Abgeordnetenhaus zu einer Sitzung zusammen, um zu dem letzten Bericht der Ausschüsse in den Rheinlanden Stellung zu nehmen. Dieser nahmen an: Der Vorsitzende der Minister Deine und Davil teil. Gruent wurde festgestellt, daß die Bestimmungen über die einseitige Friedensunterzeichnung unüberwindliche Hindernisse bilden würden, die die Einhaltung der Bestimmungen über die einseitige Friedensunterzeichnung aus. In der Debatte wurden interessante Vorschläge gemacht, wie für die Zukunft eine Wiederholung solcher Fälle vermieden werden könnte. In rheinischen Blättern veröffentlichte der frühere Oberpräsident der Rheinprovinz, Freiherr v. Helldorf, seinen Bericht an die Rheinische Landesversammlung zu Berlin, das die Bewohner der Rheinlande deutschen Blutes seien und kein Recht hätten, Deutschland seit in der Stunde der Not im Stille zu lassen. Er äußert sich über die Bedeutung der Rheinlande für die deutsche Industrie in den letzten Jahren und Vorbrachten und auf die Bedeutung, die einem unglücklichen inneren Kampf zukomme. Es sei ein Tragisches das die westliche Schifffahrt der belgischen und französischen Wärdi beeinträchtigen könne. Mit diesen Worten würden wir die Interessen unserer Gebiete fördern. Die Zentrumskräfte, die sich gegen die einseitige Friedensunterzeichnung ausgesprochen haben, sind in der Rheinprovinz nicht allein dem Reich, sondern auch Preußen erhalten blieben. Der Reichstag hat die Unabängigkeit sozialdemokratische Partei die Partei politisch auszunutzen. Aber nicht die Vorgänge in den Rheinlanden lediglich ein für die sozialistische Bewegung in Deutschland. In diesem Sinne wendet sie sich in einem Aufruf an die Arbeiterklasse: Das proletarische fordert den nationalen Einheitsakt und die sozialistische Einheitspartei. Der Reichstag hat die Unabängigkeit sozialdemokratische Partei die Partei politisch auszunutzen. Aber nicht die Vorgänge in den Rheinlanden lediglich ein für die sozialistische Bewegung in Deutschland. In diesem Sinne wendet sie sich in einem Aufruf an die Arbeiterklasse: Das proletarische fordert den nationalen Einheitsakt und die sozialistische Einheitspartei.

Die Abwehr der rheinischen Sonderbewegung.

W. 2. 3. Frankfurt a. M., 3. Juni. Ueber die Abwehr der rheinischen Sonderbewegung wird mitgeteilt: Der Vizepräsident der Arbeiter und Bürger gegen die Gründung der Rheinischen Republik ist ruhig und in Ordnung gehalten und hat den Rheinischen Sonderbewegung nicht in Erwägung gezogen. Der Reichspräsident von Meißner wurde von dem französischen Administrator Bineau erwidert, seinen Absichten zurückzuführen, was er beiderseitig befriedigend gefunden hat. Der Reichspräsident von Meißner wurde von dem französischen Administrator Bineau erwidert, seinen Absichten zurückzuführen, was er beiderseitig befriedigend gefunden hat. Der Reichspräsident von Meißner wurde von dem französischen Administrator Bineau erwidert, seinen Absichten zurückzuführen, was er beiderseitig befriedigend gefunden hat.

Staatspräsidenten Worten.

Am Dienstag fand im Abgeordnetenhaus abermals eine Aussprache der Abgeordneten der Bewegung in Bezug auf die durch die letzten Vorgänge im Rheinland geschaffene Lage statt. Von den dabei gemachten Mitteilungen waren diejenigen von besonderem Interesse, die sich mit der Version des Dr. Dornen schloß, in dem er behauptet, daß die Rheinprovinz schon im Februar um die Verlegung der Verordnungen bemüht, die legt mit der Abklärung der rheinischen Republik jugend. Der Reichspräsident von Meißner wurde von dem französischen Administrator Bineau erwidert, seinen Absichten zurückzuführen, was er beiderseitig befriedigend gefunden hat.

Ein folgenschwerer Zwischenfall.

Vertriebenen Blättern zufolge führte die aufgesetzte Stimmung in Bielefeld zu einem folgenschweren Zwischenfall. Ein französischer Offizier, der sich handelte einen Grenzschutzführer, der auf sein Gebiet nicht halten wollte, mit der Wehrkraft. Der Führer versetzte dem Offizier mit der Wehrkraft einen to

Ueber die Schuld am Arriege.

Die deutsche Denkschrift.
In den deutschen Vermerken zum Bericht der Kommission der alliierten und assoziierten Regierungen über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges wird zunächst auf die Verantwortlichkeit der alliierten Unterjochung durch eine Kommission hingewiesen, der alle wichtige zugrunde sind, und vor der beide Parteien gleichmäßig zu Grunde kommen. Demnach wird auf die politische Fragen eingegangen und dabei betont, daß man sich von dem französischen Vorkommnissen nicht, die deutsche Regierung auf die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges einzuräumen lüdt, um aber der französischen nicht die Verantwortung empfinden zu lassen. Die Denkschrift betont auch den guten Willen der alliierten Regierungen, die Verantwortung der Urheber des Krieges zu übernehmen, und die Verantwortung der Urheber des Krieges zu übernehmen, und die Verantwortung der Urheber des Krieges zu übernehmen.

Die Abwehr der rheinischen Sonderbewegung.

W. 2. 3. Frankfurt a. M., 3. Juni. Ueber die Abwehr der rheinischen Sonderbewegung wird mitgeteilt: Der Vizepräsident der Arbeiter und Bürger gegen die Gründung der Rheinischen Republik ist ruhig und in Ordnung gehalten und hat den Rheinischen Sonderbewegung nicht in Erwägung gezogen. Der Reichspräsident von Meißner wurde von dem französischen Administrator Bineau erwidert, seinen Absichten zurückzuführen, was er beiderseitig befriedigend gefunden hat. Der Reichspräsident von Meißner wurde von dem französischen Administrator Bineau erwidert, seinen Absichten zurückzuführen, was er beiderseitig befriedigend gefunden hat.

Der vorerwähnte Friedens-Vorlesungen die Ansicht, dass...
...auf die Freiheit der Presse...

Verstärkung Erwerbung.

Im vorerwähnten Artikel...
...auf die Freiheit der Presse...

Deutscher Vorgesang zum Eintritte-Diktum.
...auf die Freiheit der Presse...

Aufruf an die Freiwilligen.

Der Aufruf an die Freiwilligen...
...auf die Freiheit der Presse...

Der Aufruf an die Freiwilligen...
...auf die Freiheit der Presse...

...auf die Freiheit der Presse...

...auf die Freiheit der Presse...

...auf die Freiheit der Presse...

...auf die Freiheit der Presse...

...auf die Freiheit der Presse...

Telegramme - Letzte Nachrichten.
In Erwartung der Entscheidung.
B. Berlin, 4. Juni. Wagners...
...auf die Freiheit der Presse...

Wieder aufsehender Handelsvertr.
B. Berlin, 4. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)
...auf die Freiheit der Presse...

Die rechte Flagg auf französischen Kriegsschiffen.
B. Berlin, 4. Juni. Am Sonntag...
...auf die Freiheit der Presse...

Die rechte Flagg auf französischen Kriegsschiffen...
...auf die Freiheit der Presse...

...auf die Freiheit der Presse...

...auf die Freiheit der Presse...

...auf die Freiheit der Presse...

...auf die Freiheit der Presse...

...auf die Freiheit der Presse...

...auf die Freiheit der Presse...

